

Von Dollar, Schulden und Macht:

Fakten und Reformideen
zum internationalen
Finanzsystem



Vielfältige Krisen & ungleiche Finanzflüsse

offizielle
Entwicklungshilfe
223 Milliarden \$
(2023)³

Negativer Ressourcentransfer

Verschiedene Studien kommen zu dem Schluss, dass insgesamt mehr finanzielle Ressourcen aus dem Globalen Süden in den Norden geflossen sind als umgekehrt. Dies gilt insbesondere, wenn man das notgedrungene Anhäufen ausländischer Währungsreserven berücksichtigt oder auf den „ungleichen Tausch“ von Gütern blickt.⁴

Mexiko / Brasilien

Selbst Mitteleinkommensländer wie Mexiko und Brasilien müssen ca. 4 – 8-mal so viel an Zinsen auf Staatsanleihen zahlen wie Deutschland.¹ Eine UN-Expert*innengruppe spricht von einer „großen Finanzkluft“, die sich seit der COVID-19-Pandemie und mit den gestiegenen Zinsen in den USA und im Euroraum noch verstärkt hat.²

Schulden & Soziales

Der Schuldendienst (Zinsen + Kreditrückzahlung) von Ländern im Globalen Süden war zuletzt 2,7-mal so hoch wie die Ausgaben für Bildung, 4,2-mal so hoch wie die für Gesundheit und 11-mal so hoch wie Ausgaben für soziale Sicherheit.⁵

Hunger

Über 700 Millionen Menschen weltweit sind von Hunger oder Unterernährung betroffen. Die Zahlen sind seit 2019 deutlich gestiegen, durch die Zunahme an Konflikten, die Klimakrise, steigende Lebensmittelpreise und wirtschaftliche Krisen. Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung (2,8 Milliarden Menschen) können sich keine gesunde Ernährung leisten.⁶

Klimakrise

Die Klimakrise verschärft bestehende globale Ungleichheiten, weil sie die Regionen, die sehr wenig CO₂-Emissionen verursacht haben, besonders schwer betrifft. Afrikanische Länder haben im Jahr 2020 geschätzt 7 – 15 Milliarden \$ klimabedingte Schäden erlitten. In Ländern des asiatisch-pazifischen Raums waren 2022 mehr als 64 Millionen Menschen von Extremwetterereignissen betroffen. Der wirtschaftliche Schaden betrug ca. 60 Milliarden \$.⁸

Ungleichheit

In sehr vielen Ländern steigt Ungleichheit seit Jahren an, vor allem bei Vermögen. Die Zunahme des extremen Reichtums Einzelner ist eng verbunden mit der Marktmacht großer Konzerne. Auch global sind Vermögen sehr ungleich verteilt: 69 % des privaten Vermögens sind im Globalen Norden angesiedelt, obwohl dort nur 21 % der weltweiten Bevölkerung leben.⁹

Steuerverluste

Länder mit mittleren und niedrigen Einkommen verlieren schätzungsweise 70 Milliarden \$ pro Jahr durch den Steuermissbrauch multinationaler Unternehmen.¹⁰

Zinszahlungen von Ländern mit mittleren und niedrigen Einkommen

406 Milliarden \$

(2023)⁷

Pakistan

2022 starben mehr als 1700 Menschen bei Überflutungen, die mit der Erderwärmung zusammenhängen. 33 Millionen Menschen waren von der Flutkatastrophe betroffen. Die Schäden an Gebäuden, Infrastruktur und Landwirtschaft beliefen sich auf fast 10 % des Bruttoinlandprodukts.¹¹ Pakistan gilt als sehr kritisch verschuldet.¹²

Ghana

In den letzten 20 Jahren haben insbesondere Investoren am Kapitalmarkt Ghana zu hohen Zinsen Geld geliehen. 2023 musste das Land ca. 11-mal so viel für Schuldentrückzahlungen ausgeben wie für Gesundheitsausgaben.¹³ 2024 durchlief Ghana Verhandlungen zur Umschuldung. Ob der ausgehandelte Schuldenerlass langfristig ausreicht, ist fraglich. Die Bevölkerung trug dabei enorme Opfer. Strenge Sparmaßnahmen und die vorangegangene Umschuldung inländischer Schulden verschärften die sozioökonomischen Herausforderungen des Landes zusätzlich.¹⁴

Koloniale Kontinuitäten

Das heutige internationale Wirtschafts- und Finanzsystem ist weiterhin geprägt von strukturellen Ungleichheiten zwischen Ländern, in denen sich koloniale Kontinuitäten zeigen.

Ungleiche Wirtschaftsstrukturen

Im Kolonialismus wurde die wirtschaftliche Struktur vieler Kolonien auf den Export von Rohstoffen und bestimmter Agrarprodukte ausgerichtet. Auch heute noch ist die wirtschaftliche Struktur vieler Länder abhängig vom Export von Rohstoffen und Agrarprodukten oder von Massenware wie Textilien, Spielzeug und einfacher Elektronik, in die viel Arbeitskraft fließt. Gleichzeitig müssen häufig essenzielle Güter und stark verarbeitete Waren importiert werden und es wird wenig für den Binnenmarkt produziert. Das macht Länder abhängig von schwankenden Weltmarktpreisen. Freihandelsabkommen, einseitiger Investitionsschutz und die Rückführung von Unternehmensgewinnen erschweren die wirtschaftliche Transformation ärmerer Länder.

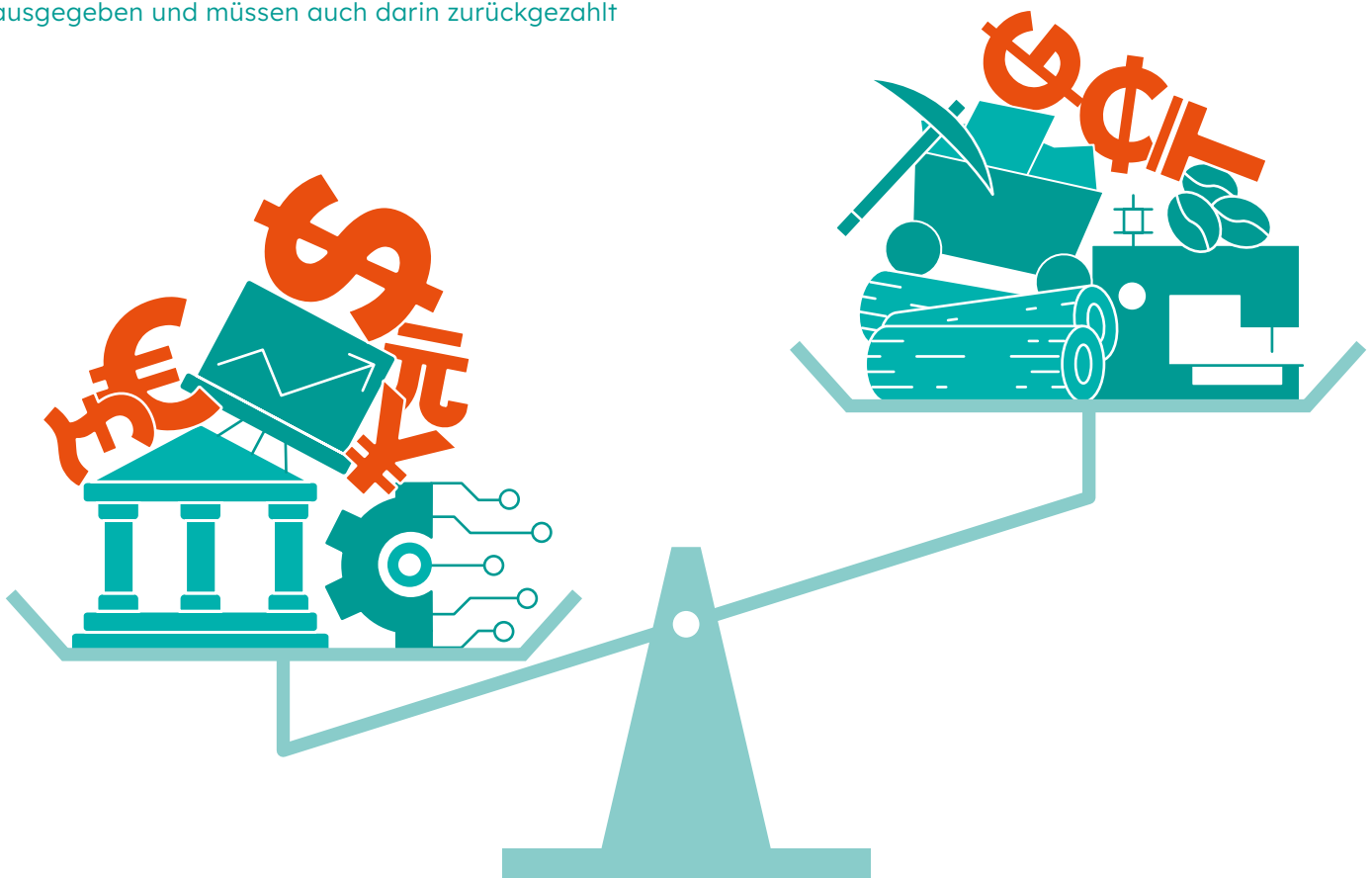
Währungshierarchien

Geld ist nicht gleich Geld, denn um international gehandelte Güter zu kaufen braucht es meist US-Dollar, oder zumindest Euro, Yen, manchmal chinesische Renminbi. Auch die meisten internationalen Kredite und Finanzanlagen werden in US-Dollar ausgegeben und müssen auch darin zurückgezahlt

werden. Länder im Globalen Süden sind daher abhängig davon, an fremde Währungen zu gelangen, für den Import wichtiger Güter, die Rückzahlung von Schulden und um sich gegen Wechselkursschwankungen abzusichern.¹⁵ Geldpolitische Entscheidungen im globalen Norden, wie die Erhöhung der Leitzinsen, haben direkte Auswirkungen auf alle anderen Länder. Einige Währungen ärmerer Länder, wie der westafrikanische CFA, werden entscheidend von ehemaligen Kolonialmächten, wie Frankreich, mitverwaltet.¹⁶

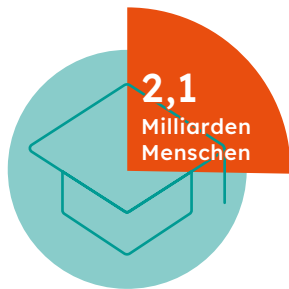
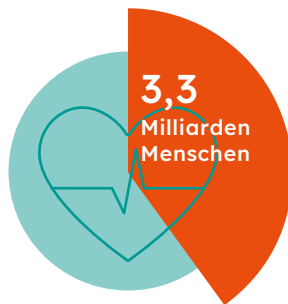
Entscheidungsstrukturen

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) sind sehr einflussreiche internationale Organisationen, sowohl um an Kredite zu kommen als auch über ihre Politikbedingungen und -empfehlungen. Ihre Entscheidungsstrukturen sind ungleich gestaltet, in der Verteilung der offiziellen Stimmrechte und darüber hinaus. Präsident der Weltbank war bisher immer ein US-Amerikaner, Chef*in des IWF ein*e Europäer*in. Deutschland stellt mit nur 83 Millionen Einwohnenden einen eigenen Exekutivdirektor in Weltbank und IWF für alle alltäglichen Entscheidungen. Der IWF-Exekutivdirektor für die südlichen Länder Afrikas muss 14 verschiedene Länder vertreten, in denen über 300 Millionen Menschen leben.¹⁷



Schuldenkrise

Mehr als ein Drittel aller Menschen leben in Ländern, deren Regierungen mehr Geld für Zinsen ausgeben müssen als für Gesundheit.¹⁸



Für rund ein Viertel übersteigen Zinsausgaben diejenigen für Bildung.

Viele beobachten mit Sorge die sich zuspitzende Schuldenkrise in Ländern des Globalen Südens. Wenn Regierungen ihre Gläubiger um jeden Preis bedienen müssen, geschieht dies oft auf Kosten der eigenen Bevölkerung. Denn das Geld fehlt dann bei Ausgaben für Bildung, Gesundheitsversorgung und dringend notwendige Investitionen, etwa in Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel. So werden Schuldenkrisen häufig verschleppt – mit hohen sozialen und klimapolitischen Folgekosten.

Nach Analyse von erlassjahr.de und Misereor sind aktuell über die Hälfte der 152 untersuchten Staaten im Globalen Süden kritisch oder sehr kritisch verschuldet.²⁰ Die komplizierte Struktur der Gläubigergruppen erschwert die Verhandlungen über Umstrukturierungen und den Erlass von Schulden. Neben der gewachsenen Bedeutung Chinas gegenüber traditionellen Gläubigern aus Europa und Nordamerika ist insbesondere der deutliche Anstieg privater Gläubiger (z. B. Investmentfonds, -banken und Versicherungen) von Bedeutung, die mittlerweile die größte Gläubigergruppe formen.²¹

Die Kosten dafür, sich am Kapitalmarkt Geld auszuliehen, sind sehr unterschiedlich: Afrikanische Länder zahlen im Schnitt ca. 12-mal so viel Rendite auf 10-jährige Staatsanleihen wie Deutschland, lateinamerikanische Staaten etwa 8-mal so viel.²² Die Anhebung der Zinsen durch die US-amerikanische und europäische Zentralbank führten außerdem zu steigenden Zinsen weltweit. Länder müssen daher insgesamt mehr für Schulden zahlen, ihre eigenen Einnahmen stiegen aber nicht in gleichem Maße an und private Investoren ziehen sich zunehmend zurück, profitieren aber noch von hohen Zinsen.

Seit 2022 haben ausländische Privatinvestoren fast 141 Milliarden \$ mehr an Schuldendienst aus Ländern im Globalen Süden erhalten, als sie an neuen Finanzmitteln ausgezahlt haben.²³

Das gebrochene Versprechen der Entwicklungshilfe

7.200.000.000.000 \$
geschuldete
Entwicklungshilfe



863.245.100.000 \$
Auslandsverschuldung
aller afrikanischen
Länder südlich der
Sahara



128.000.000.000 \$
Geschätzte Kosten
zur Bekämpfung
extremer Armut
und Hungers¹⁹



Seit einer UN-Resolution im Jahr 1970 haben reiche Länder wiederholt versprochen, jährlich 0,7 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) als offizielle Entwicklungshilfe an Länder des Globalen Südens zu zahlen. Im Durchschnitt haben die reichen OECD-Länder jedoch meist lediglich zwischen 0,2 und 0,4 % des BIP gezahlt.²⁴

Die Differenz zwischen dem, was versprochen wurde, und dem, was tatsächlich gezahlt wurde, ist enorm: Laut Berechnungen von Oxfam beläuft sich diese „ausstehende Schuld“ auf rund 7,2 Billionen \$ (Stand 2023).²⁵ Zum Vergleich: Diese Summe ist etwa 8-mal so hoch wie die gesamten Auslandsschulden aller afrikanischen Länder südlich der Sahara.²⁶

Geopolitische Erwägungen und die wirtschaftliche Förderung eigener Unternehmen spielen häufig eine Rolle in der Form und Verteilung von Entwicklungshilfe: Nicht selten werden Gelder daran gebunden, dass bei den Unternehmen der Geberländer eingekauft wird. Geopolitische Interessen zeigen sich u. a. darin, dass die ärmsten Staaten der Welt nur einen Bruchteil (14,8 % im Jahr 2022) der Entwicklungshilfe erhalten, obwohl sie diese am dringendsten benötigen.²⁷

Die Regeln dafür, was als Entwicklungshilfe zählt, werden unter den reichen Ländern selbst ausgemacht im s. g. Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD.

Wie können wir die internationale Finanzarchitektur reformieren?



Um die Ursachen dieser katastrophalen Situation [fehlende Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung] zu bekämpfen, brauchen wir eine tiefgreifende Reform unserer überholten, dysfunktionalen und ungerechten internationalen Finanzarchitektur. Wir brauchen dringend Finanzinstitutionen, die ihrem Zweck gerecht werden, die sicherstellen, dass die Vorteile der Globalisierung allen zugutekommen, und die ihrem Auftrag gerecht werden, indem sie ein Sicherheitsnetz für alle Länder in schwierigen Zeiten bieten.

— UN-Generalsekretär [António Guterres](#)²⁸



UN-Steuerkonvention

Nach langem Einsatz insbesondere von afrikanischen Ländern, verhandelt die Staatengemeinschaft aktuell über eine UN-Rahmenkonvention zur internationalen Steuerkooperation. Die UN-Steuerkonvention soll wirksamere und bessere internationale Steuerregeln schaffen und basiert auf einem Prozess, bei dem alle Staaten mit am Verhandlungstisch sitzen und mitentscheiden können.

Vor allem Staaten aus dem Globalen Süden hoffen, damit die massive internationale Steuerflucht und den schädlichen Steuerwettbewerb besser eindämmen zu können. Gerade in ärmeren Ländern sind Steuereinnahmen entscheidend für die staatliche Kapazität, die Wirtschaftsentwicklung voranzutreiben. Fairere internationale Regeln zur Unternehmensbesteuerung könnten zusätzliche Einnahmen von 500 Milliarden \$ bringen (200 Milliarden \$ davon in Entwicklungsländern).²⁹ Für die Wirksamkeit und den Erfolg der UN-Steuerkonvention ist es wichtig, dass sich reiche Länder wie Deutschland und andere europäische Staaten konstruktiv daran beteiligen.

Einführung neuer Steuern

Die soziale und ökologische Wirtschaftstransformation erfordert enorme staatliche Investitionen. Gleichzeitig verursachen viele profitable Industrien hohe CO₂-Emissionen. Effektive Besteuerung von klimaschädlichen Wirtschaftsbereichen könnten diese Aktivitäten reduzieren und gleichzeitig dringend benötigte Mittel für die Transformation auch international generieren, wenn sie entsprechend koordiniert werden.

Diskutiert werden verschiedene „solidarische Abgaben“ z. B. für Schifffahrtskraftstoff, den Flugverkehr, die Produktion von Plastik und die fossile Energiegewinnung sowie eine Finanztransaktionssteuer und eine Superreichensteuer. Hierüber ließen sich mehrere hundert Milliarden \$ mobilisieren.³⁰ Bereits eine Abgabe für Personen, die viel fliegen (121 Milliarden \$), eine Finanztransaktionssteuer (bis zu 423 Milliarden \$) und eine Mindeststeuer für Milliardär*innen (200 – 250 Milliarden \$), würde mehr als dreimal so viel Mittel eintreiben wie die offizielle Entwicklungshilfe 2023. Bemühungen zur Einführung dieser Abgaben kommen bisher nur schleppend voran. Auch wenn sie von einigen Staaten unterstützt werden, gibt es Widerstand mächtiger Industrien und Staaten.

Schuldenerlass und Staateninsolvenzverfahren

In einem ersten Schritt müssen mehreren Ländern Schulden erlassen werden, um die akute Schuldenkrise zu überwinden und ausreichend Ausgaben für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung, Klimaschutz und notwendige Investitionen zu ermöglichen. Schuldenerlasse gab es bereits häufiger in der Geschichte; Zum Beispiel wurden dem boomenden Westdeutschland 1953 die Hälfte der Staatsschulden erlassen.³¹ Anfang der 2000er gab es eine koordinierte Entschuldung für einige ärmere Länder im Rahmen der s. g. HIPC-Initiative.

Darüber hinaus braucht es dringend die Schaffung eines fairen und geregelten internationalen Verfahrens zum Umgang mit staatlicher Überschuldung. Anders als bei Unternehmen oder Individuen gibt es für Staaten kein geordnetes Insolvenzverfahren. Stattdessen müssen verschuldete Länder einzeln mit ihren privaten, staatlichen und multilateralen Gläubigern verhandeln – ein häufig langwieriger und einseitiger Prozess, in dem nicht selten die Interessen der Gläubiger dominieren.

Ein faires und transparentes Staateninsolvenzverfahren sollte bei einer neutralen Instanz wie den Vereinten Nationen angesiedelt sein. Sämtliche Schuldforderungen sollten zusammen geprüft werden. Sobald ein Verfahren beginnt, sollte es einen automatischen Zahlungsstopp geben, bevor über weitere Rückzahlungen entschieden wird. Nicht das Interesse der Kreditgebenden, sondern das Gemeinwohl in den betroffenen Ländern sollte das entscheidende Leitprinzip darstellen. Für den Weg hin zu einem Staateninsolvenzverfahren hat erlassjahr.de viele konkrete Reformvorschläge identifiziert, die in die richtige Richtung weisen.³²

Sonderziehungsrechte

Sonderziehungsrechte (SZR) sind eine globale Währungsreserve, die durch einen Beschluss im Internationalen Währungsfonds (IWF) an alle Länder zugeteilt wird und in andere Währungen wie US-Dollar und Euro umgetauscht werden kann. Die Ausschüttung von SZR im Wert von umgerechnet 650 Milliarden \$ im August 2021 durch den IWF war die wichtigste finanzielle Maßnahme zur Abmilderung der ökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Seitdem wird über Reformen diskutiert, um SZR gezielter für Klimaschutz und ein stabileres globales Finanzsystem einzusetzen.

Reformvorschläge zielen unter anderem auf regelmäßige (z. B. jährliche) SZR-Ausschüttungen ab. Diese würden dabei helfen, internationale Liquidität zu stabilisieren und den Druck auf viele Länder im Globalen Süden mindern, hohe Reservebestände in US-Dollar anzusammeln, was auf Kosten wichtiger Investitionen geht. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre eine Reform der Verteilung: 2021 hat Deutschland mehr SZR erhalten als alle Länder Afrikas zusammen – obwohl Deutschland die Reservemittel nicht braucht. SZR-Ausschüttungen sollten stärker nach Bedarf und nicht nach den ungleichen Quoten im IWF verteilt werden.³³

Achtung: Irrweg Privatkapital!

Die Standardantwort auf die zu geringe öffentliche Entwicklungs- und Klimafinanzierung lautet seit vielen Jahren, es müssten mehr private Investitionen mobilisiert werden, die in Länder des Globalen Südens fließen. Auch heutzutage ist es ein Grundpfeiler westlicher Strategien, finanzielle Anreize zu geben, Investitionsrisiken mit staatlichen Garantien abzusichern und die örtliche Regulatorik abzubauen.³⁴

Doch trotz jahrzehntelanger Bemühungen bleiben private Investoren zurückhaltend bei den Investitionen in Ländern des Globalen Südens.³⁵ Auf den Anleihemärkten wurde zwar Geld geliehen, aber zu hohen Zinsen, die jetzt die Schuldenkrise verschärfen. Und dort, wo private Gelder tatsächlich in Entwicklungsfinanzierung fließen, kommt es vermehrt zu menschenrechtlichen und ökologischen Schäden, Privatisierungen zersetzen Einrichtungen öffentlicher Daseinsvorsorge und fossile Energiegewinnung wird priorisiert.³⁶

Dieser Dynamik liegt ein grundsätzlicher Interessengegensatz zugrunde: Während ausländische Finanziere vor allem Rendite suchen, brauchen ärmere Länder verlässliche, grundlegende Infrastruktur ohne Profitdruck. Die öffentliche Hand kann diese Lücke nicht primär durch komplexe Anreizprogramme schließen – sie muss selbst aktiv gestalten.



Politische Arbeit
braucht Unterstützung!

Jetzt spenden

oder

Mitglied bei
WEED werden!

Kostenlose Anmeldung
für unseren Newsletter!

Circa 4-mal pro Jahr
berichten wir über
unsere Arbeit, anstehende
Veranstaltungen und
aktuelle Entwicklungen.

Folgt uns!



Impressum

Herausgeber:

WEED – Weltwirtschaft,
Ökologie & Entwicklung
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin

kontakt@weed-online.org
www.weed-online.org

Autor*innen:

Dr. Verena Kröss, Simon Pompé

Layout:

Julia Zaadstra

Druck:

dieUmweltDruckerei GmbH

Diese Publikation wurde auf 100 %
Recycling-Papier gedruckt, ausgezeichnet
mit dem Umweltsiegel Blauer Engel

Dezember 2024

Über WEED

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie &
Entwicklung setzt sich seit 1990 für eine
ökologisch nachhaltige, global gerechte
und demokratische Weltwirtschafts-
ordnung ein.

Dazu brauchen wir eine grundlegende
wirtschaftliche und soziale Transfor-
mation, um die drohende Umwelt- und
Klimakatastrophe aufzuhalten, für mehr
globale Gerechtigkeit zu sorgen und die
Achtung der Menschenrechte weltweit
sicherzustellen.

FÖRDERHINWEIS Für den Inhalt dieser Publikation ist allein WEED –
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung verantwortlich; die hier
dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement
Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung und anderen Fördermittelgebern wieder.

GEFÖRDERT DURCH

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



MIT MITTELN DES



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG DER

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	BERLIN	
--	---	---------------	--

WEED ERHÄLT INSTITUTIONELLE
FÖRDERUNG VON

Brot
für die Welt